

Pressemitteilung + Bild

Montag, 23. Mai 2011

Bild-Termin zur Verschuldung der Bundesländer:

Schuldenbremse jetzt kräftig ziehen

Berlin. Einige Bundesländer laufen Gefahr, die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse nicht einzuhalten. Das ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Zu den Problemländern gehören vor allem die beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein. Diese Länder haben überdurchschnittliche Schuldenstände und hohe Defizite. Eine aktuelle Lageeinschätzung zur Verschuldung der Bundesländer wird in einer heutigen Sitzung des Stabilitätsrates vorgenommen, an der die beiden Bundesminister Wolfgang Schäuble und Philipp Rösler sowie die Finanzminister aller Bundesländer teilnehmen.

INSM Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr** sagte zu der Aktion, dass die Länder in Zeiten des Aufschwungs und steigender Steuereinnahmen besonders in der Pflicht ständen, die Konsolidierung ihrer Finanzen anzugehen. „Nur wenn die Länder heute sparen, bleiben unseren Kindern morgen noch Gestaltungsspielräume. Ohne Sparmaßnahmen wird der gesetzliche Schuldenstopp ab 2020 verfehlt. Deshalb: Jetzt die Schuldenbremse kräftig ziehen!“, so **Pellengahr**.

Während der Sitzung des Stabilitätsrates präsentierte die INSM heute eine überdimensionierte rote Schuldenbremse (Notbremse), die von Kindern betätigt wird. **Fotos von der Aktion finden sie auf der Website www.insm.de**

Den Schulden-Check Bundesländer (IW-Analyse) mit aktuellen Zahlen und Fakten sowie Ländervergleichen finden Sie ebenfalls unter www.insm.de sowie als interaktives Online-Tool unter www.DasRichtigeTun.de/schuldencheck

Rückfragen:

Projektleitung: Marco Mendorf, Telefon 030 27 877 179, mendorf@insm.de
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Thomas Bauer, Telefon 030 27 877 174, bauer@insm.de